

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/10668 –**

### **Die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und ihre Auswirkungen auf den Standort Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die zweithöchsten Strompreise und Steuerabgaben in der Welt zwingen Unternehmen nach Ansicht der Fragesteller, Deutschland zu verlassen. Siegfried Russwurm vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht den Wirtschaftsstandort Deutschland vor „strukturellen Problemen“ stehen. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck, und der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, kommunizieren entgegengesetzte und widersprüchliche Konzepte: Bundesminister Dr. Robert Habeck fordert weitere „Sondervermögen“. Dies impliziert nach Ansicht der Fragesteller weitere Steuererhöhungen und noch mehr Schulden. Bundesminister Christian Lindner fordert zwar Steuersenkungen, setzt aber die Sondervermögen samt Steuererhöhungen um. Auch dadurch, dass der Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck entgegen der dringenden Mahnungen der führenden Wirtschaftsforscher ([www.ifo.de/fakten/2023-09-28/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2023](http://www.ifo.de/fakten/2023-09-28/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2023), S. 11 vom 28. September 2023) auch weiter auf hochbürokratische, kleinteilige Gesetze wie das Gebäudeenergiegesetz setzt, statt sie abzuschaffen, wird für die Unternehmen neben der finanziellen Belastung eine nicht mehr hinzunehmende politische Unberechenbarkeit geschaffen (Berlin Direkt vom 11. Februar 2024 [www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt-vom-11-februar-2024-100.html](http://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt-vom-11-februar-2024-100.html)).

In einem Punkt sind sich die beiden Minister laut einem Medienbericht einig: „Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig“ ([www.staatsanzeiger.de/nachrichten/wirtschaft/lindner-und-habeck-der-standort-deutschland-ist-nicht-mehr-wettbewerbsfaehig/](http://www.staatsanzeiger.de/nachrichten/wirtschaft/lindner-und-habeck-der-standort-deutschland-ist-nicht-mehr-wettbewerbsfaehig/)). Bundesfinanzminister Christian Lindner stellt fest, dass „die Standortbestimmungen nicht stimmen“ (Berlin Direkt, a. a. O.) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck beschreibt die Konjunkturentwicklung als „dramatisch schlecht“ und: „(S)o können wir nicht weitermachen“ ([www.businessinsider.de/wirtschaft/habeck-kappt-konjunkturprognose-auf-02-prozent-und-nennt-aussicht-dramatisch-schlecht/](http://www.businessinsider.de/wirtschaft/habeck-kappt-konjunkturprognose-auf-02-prozent-und-nennt-aussicht-dramatisch-schlecht/)). Dies bestätigt auch das Medienunternehmen Bloomberg: „Deutschlands Tage als industrielle Supermacht sind gezählt“. Das Medienunternehmen ergänzt dazu: „Die Energiekrise bedeutete für viele Betriebe den Todesstoß“ und: „Das politisch gelähmte Berlin scheint kein Rezept zu haben“ ([www.bloomberg.com/ne](http://www.bloomberg.com/ne)).

ws/articles/2024-02-10/deutschlands-tage-als-industrielle-supermacht-sind-gezahlt).

1. An welchem Tag ist die Bundesregierung zur Erkenntnis gelangt, dass der Standort Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sei (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
2. War Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung vor der Regierungszeit der Ampel wettbewerbsfähig?
3. Durch welche politischen Fehlentscheidungen wurde nach Auffassung der Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Gegensatz zu den übrigen Industrieländern zerstört?

Die Fragen 1 bis 3 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für die Bundesregierungen ist es ein zentrales Ziel, Rahmenbedingungen zu setzen, die es deutschen Unternehmen ermöglichen, im Wettbewerb mit Unternehmen auch weiterhin weltweit erfolgreich zu bestehen. Derzeit steht die Bundesrepublik Deutschland, wie viele andere europäische Länder, vor grundlegenden strukturellen Herausforderungen. Die mit ihnen verbundenen Probleme haben sich zum Teil über viele Jahre hinweg angestaut und verfestigt. Die Bundesregierung benennt im Jahreswirtschaftsbericht 2024 (<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2024.html>) als Herausforderungen insbesondere die geopolitische Zeitenwende, die Dekarbonisierung, die demografische Entwicklung und den damit verbundenen Fachkräftemangel sowie den Umfang an Bürokratie und Regelungen als zentrale Herausforderungen und politische Handlungsfelder. Die Bundesregierung legt darin dar, wie sie diesen Herausforderungen begegnet, um damit das Wachstumspotenzial zu erhöhen.

4. Hat die Bundesregierung einen konkreten Plan, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland wiederherzustellen, und wenn ja,
  - a) was beinhaltet dieser,
  - b) welche Standortbedingungen sollen wie wieder stimmig gemacht werden und
  - c) in welchem Zeitraum soll er umgesetzt werden?

Die Bundesregierung setzt auf vielfältige angebotspolitische Impulse zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstumspotenzials der deutschen Wirtschaft. Einzelheiten zu den Handlungsfeldern und Maßnahmen sind im Jahreswirtschaftsbericht 2024 der Bundesregierung ausführlich dargelegt.

5. Welche Standortbedingungen genau stimmen nach Auffassung des Bundesfinanzministers Christian Lindner nicht?

Die aktuellen Herausforderungen in Bezug auf die Standortbedingungen werden im Jahreswirtschaftsbericht 2024 in Kapitel A dargestellt.

6. Seit wann (bitte Datum angeben) ist dem Bundesfinanzminister Christian Lindner bekannt, dass die Standortbedingungen in Deutschland nicht mehr stimmen?

Die Bundesregierung befasst sich kontinuierlich mit der Analyse der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, zu denen auch die Standortbedingungen zählen. Die Ergebnisse werden einmal jährlich im Jahreswirtschaftsbericht dargelegt.

7. Haben die Standortbedingungen in Deutschland nach Auffassung des Bundesfinanzministers Christian Lindner vor der Regierungszeit der Ampel gestimmt?
8. Welche politischen Fehlentscheidungen haben nach Auffassung des Bundesfinanzministers Christian Lindner dazu geführt, dass die Standortbedingungen in Deutschland nicht mehr stimmen?

Die Fragen 7 und 8 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Deutschland muss eine Reihe über Jahre angestaute, strukturelle Herausforderungen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts bewältigen. Dazu zählen unter anderem der demografische Wandel, das zu niedrige Produktivitätswachstum, hohe Energiepreise, Fachkräftemangel, hohe Steuer-, Abgaben- und Bürokratielasten für Unternehmen sowie langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, die notwendige Modernisierung der (öffentlichen) Infrastruktur und des privaten Kapitalstocks, die zögerliche Digitalisierung oder die herausfordernden Entwicklungen im Bildungsbereich.

9. An welchem Tag genau hat der Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck erkannt, dass „wir so nicht weitermachen können“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
10. Auf was genau bezieht sich die Aussage des Bundeswirtschaftsministers Dr. Robert Habeck, dass „wir nicht so weitermachen können“, das heißt, mit welcher durch sie als falsch erkannten Politik genau sollte die Bundesregierung nicht weitermachen?
11. Was genau und wann will Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck künftig anders machen?

Die Fragen 9 bis 11 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Aussage des Bundesministers bezieht sich auf die grundlegenden strukturellen Herausforderungen, die die Entwicklung des Wachstumspotenzials in Deutschland beeinflussen (siehe auch Antwort zu Frage 3).

Im Jahreswirtschaftsbericht 2024 legt die Bundesregierung dar, wie sie diesen Herausforderungen begegnet.

12. Welche Auswirkung hat die von den Wirtschaftsweisen in ihrem Herbstgutachten benannte Verunsicherung durch die Politik der Bundesregierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland ([www.ifo.de/fakten/2023-09-28/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2023](http://www.ifo.de/fakten/2023-09-28/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2023), S. 11 vom 28. September 2023)?

Deutschland ist aufgrund seiner diversifizierten Wirtschaftsstruktur mit hoher Wertschöpfung, seiner wirtschaftlichen Offenheit, seiner starken industriellen Basis, seiner gut ausgebildeten Fachkräfte, seiner gesellschaftlichen und politischen Stabilität sowie seiner starken Institutionen als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dies bestätigen die jüngsten geplanten Ansiedlungen internationaler Konzerne in Deutschland (u. a. Intel in Magdeburg, TSMC in Dresden, Northvolt in Schleswig-Holstein, Microsoft im Rheinischen Revier).

13. Wie schätzt die Bundesregierung die Folgen des Investitionsrückgangs in Deutschland ein?

Die Investitionen in Deutschland entwickelten sich im vergangenen Jahr zweigeteilt. Während die Bauinvestitionen ihren Rückgang (in preisbereinigter Rechnung) infolge der gestiegenen Finanzierungs- und Materialkosten im Jahr 2023 fortsetzten, nahmen die Ausrüstungsinvestitionen real um 3 Prozent zu. Auch für das laufende Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem erneuten, wenn auch geringen preisbereinigten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, während die Bauinvestitionen erst im späteren Verlauf des Jahres eine Trendwende aufweisen dürften. Für das Jahr 2025 wird dann mit einer etwas kräftigeren Investitionsentwicklung bei einem preisbereinigten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um über 3 Prozent und der Bauinvestitionen um rund 0,75 Prozent ausgegangen. Insgesamt wird die Investitionsentwicklung – gemessen an den Belastungen aus der Corona-Pandemie, dem Energiepreisschock und der globalen Nachfrageschwäche – als robust eingeschätzt.

14. Aus welchen Gründen werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Produktionslinien ins Ausland verlagert (siehe Bloomberg in der Vorbemerkung der Fragesteller)?

Aus der jüngsten Sonderauswertung der Konjunkturumfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) geht hervor, dass das zentrale Motiv für Auslandsinvestitionen für die Industrie nach wie vor der Auf- und Ausbau von Vertrieb und Kundendienst im Ausland ist – welche vor allem der Unterstützung der Handelsaktivitäten der Unternehmen dient. ([www.dihk.de/de/themen-und-positionen/internationales/auslandsinvestitionen-motiv-der-kostenersparnis-steigt-erneut--114822](http://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/internationales/auslandsinvestitionen-motiv-der-kostenersparnis-steigt-erneut--114822)). An zweiter Stelle steht das Motiv der Kostenersparnis, gefolgt von dem Ziel der Markterschließung durch Produktion vor Ort.

Ein weiteres Motiv für die Verlagerung von Produktionsstufen ins Ausland sind sogenannte „Local Content“-Vorschriften. Viele deutsche Unternehmen erfüllen durch die Verlagerung von Produktions- und Montagearbeiten die in den USA im Rahmen des sogenannten „Inflation Reduction Act“ oder in China geforderten lokalen Vorleistungsaufgaben, während Forschung, Entwicklung und wichtige Produktionsschritte in Deutschland verbleiben.

15. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Dynamik des Personalabbaus aufgrund von Insolvenzen oder Produktionsverlagerungen ins Ausland seit 2021 bis aktuell verlaufen?

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass der Arbeitsmarkt derzeit sehr robust ist. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen von Januar 2021 bis Januar 2024 von 44,4 Millionen auf 45,7 Millionen. Viele Betriebe haben Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen.

Gesamtwirtschaftlich lassen sich keine negativen Beschäftigungseffekte in dem genannten Zeitraum feststellen. Auslandsinvestitionen von Unternehmen dienen einer längerfristigen, strategischen Erschließung und Absicherung von Absatzmärkten im Ausland und gehen nach empirischen Studien (u. a. der Deutschen Bundesbank) grundsätzlich auch mit einer positiven Investitions- und Beschäftigungsentwicklung im Inland einher. Zudem stehen einem möglichen, partiellen Abbau von Produktions- und Beschäftigungsstufen einzelner Unternehmen durch Standortverlagerungen positive Beschäftigungseffekte durch den Aufbau ausländischer Produktionsanlagen in Deutschland gegenüber (siehe auch Antwort auf Frage 12).

16. Mit welchem Wohlstandsverlust rechnet die Bundesregierung aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise?

Eine Quantifizierung der Wohlstandsverluste durch die sich überlagernden negativen exogenen Einflussfaktoren der letzten Jahre, zuvorderst der Corona-Pandemie und des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, ist nicht möglich. Hierfür wäre die Kenntnis darüber erforderlich, wie sich die deutsche Wirtschaft ohne diese exogenen Faktoren entwickelt hätte.

17. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuelle Zinsbelastung der Bundesrepublik Deutschland, die durch Staatsverschuldung Deutschlands entstanden ist?

Aktuelle Angaben zu den saldierten Zinsausgaben des Bundes sind in jeder Ausgabe des Monatsberichts des Bundesministeriums der Finanzen im Kapitel zur Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen zu finden. Dort werden die im jeweiligen Berichtszeitraum geflossenen Ausgaben gezeigt, die von Monat zu Monat in Abhängigkeit der Kupon-Termine stark variieren können.

18. Meint Bundesfinanzminister Christian Lindner, dass Wirtschaftsminister Dr. Robert Habeck durch sein Wirtschaftsförderungskonzept mit Sondervermögen den Weg der sozialen Marktwirtschaft verlassen habe, oder wodurch unterscheiden sich die Ansätze der beiden Minister nach Aussage von Christian Lindner (siehe Berlin Direkt vom 11. Februar 2024, a. a. O.)?

Die Bundesregierung hat ihre wirtschaftspolitischen Leitlinien im Jahreswirtschaftsbericht 2024 dargelegt. Dieser wurde am 21. Februar 2024 beschlossen und veröffentlicht.

19. Dauert die Ende 2023 erklärte „außergewöhnliche Notsituation“, die gemäß Artikel 109 des Grundgesetzes (GG), die eine Aussetzung der Schuldenbremse rechtfertigt, nach Ansicht der Bundesregierung auch im Jahr 2024 an?

Der am 2. Februar 2024 vom Deutschen Bundestag beschlossene Bundeshaushalt für das Jahr 2024 sieht die Einhaltung der regulären Kreditobergrenze der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse vor.

20. An welchem Tag wurde der Bundesregierung diese außergewöhnliche Notlage im Jahr 2023 bekannt?
21. Hält der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, an seiner Aussage in seiner Vorstellung des Regierungsentwurfs des Bundeshaushaltplans 2024 vom 5. Juli 2023 für die Rückkehr der Bundesregierung „zur haushaltspolitischen Normalität“ sowie zur Schuldenbremse fest, wonach „wir [...] jetzt konfrontiert [sind] mit strukturellen Herausforderungen, aber nicht mehr in einer außergewöhnlichen Notsituation, die eine Ausnahme von der Schuldenregel des Grundgesetzes zulassen würde“ ([www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Video-Textfassungen/2023/textfassung-2023-07-05-regierungsentwurf-vorgestellt.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Video-Textfassungen/2023/textfassung-2023-07-05-regierungsentwurf-vorgestellt.html)), und wenn nicht, welche Gründe, Ereignisse, Umstände oder veränderten Rahmenbedingungen führten zu einer Neubewertung der haushaltspolitischen Lage durch den Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner?

Die Fragen 20 und 21 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Dezember 2023 aufgrund der fortbestehenden tiefgreifenden humanitären, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation im Jahr 2023 gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 Grundgesetz beschlossen (siehe auch Bundestagsdrucksachen 20/9501 und 20/9676). Zur Begründung des Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation und des gegenüber dem Zeitpunkt der Einbringung des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2024 signifikant veränderten Bezugsrahmens für die Beurteilung einer erheblichen Beeinträchtigung der staatlichen Finanzlage als Ergebnis der Übertragung der mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 formulierten Grundsätze auf die Nutzung der im Jahr 2022 vom Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Abfederung der Folgen der Energiekrise aufgenommenen Kredite wird insbesondere auf die Nummern 1 bis 6 auf Bundestagsdrucksache 20/9501 verwiesen.



